

sensiblen Verhalten oft positiv mit der Durchsetzbarkeit entsprechend ökologisch inspirierter Regulierungsvorschläge. Umgekehrt üben einmal etablierte Regulierungsvorschriften ihrerseits wiederum einen schwer zu überschätzenden Einfluss auf die Herausbildung künftiger Präferenzformationen heraus. Nichtsdestotrotz konstituiert das obig zitierte Spannungsfeld ein Problem der politischen Strategiebildung – im Sinne der Wahl des geeigneten Instruments (etwa: Aufklärung oder Verbote) zur Steuerung gesellschaftlicher Entwicklungen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der vorliegende Beitrag zwei Ziele: Zum einen soll gezeigt werden, dass stärker regulatorisch ausgerichtete Strategien aufgrund ihrer größeren Effektivität gegenüber auf KonsumentInnen-erziehung basierenden Herangehensweisen umweltpolitisch zu priorisieren sind. Dabei liegt diese höhere Effektivität nicht nur im Grade einer höheren technischen Zielerreichung begründet, sondern ergibt sich auch durch Umweffekte – etwa indem Anreize zu einer stärkeren Ökologisierung von Produktion und Produkt gesetzt werden oder indem private Bemühungen um die Institutionalisierung nachhaltigen Konsumhandelns unterstützt werden (Abschnitt 2). Zum anderen soll vor dem Hintergrund des Polanyischen Arguments<sup>2</sup> der allgegenwärtigen Komplementarität von Recht und Markt gefragt werden, welche Formen der Regulation potenziell geeignet wären, nachhaltige Konsumpraktiken auf lange Frist zu etablieren. Um diese Fragestellung zu beantworten, versuchen wir zuerst einen minimalen Kriterienkatalog entlang des gängigen Nachhaltigkeitsdiskurses zu entwickeln (Abschnitt 3), um auf dieser Basis verschiedene Fallbeispiele gegenüberzustellen (Abschnitt 4).

## **2. Die Regulierung von Konsumroutinen wider die „Privatisierung der Nachhaltigkeit“**

Obwohl die grundsätzliche Relevanz der Herausbildung mündiger, kritischer und umweltbewusster KonsumentInnen weitgehend unbestritten ist, formiert sich in diesem Kontext, vor allem aufgrund der zunehmend dominanteren Rolle dieses Aspekts im Gesamtpaket ökologiespezifischer Politikmaßnahmen, die grundsätzliche Kritik an einer „Privatisierung der Nachhaltigkeit“.<sup>3</sup> Im Kern dieser Kritik steht der Umstand, dass die Verantwortung für die Etablierung nachhaltiger Konsumroutinen individuellen AkteurInnen übergeben und damit der privaten – im Gegensatz zur politisch-öffentlichen – Sphäre übertragen wird. Die Legitimität dieser Verantwortungsdelegation an die private Sphäre wird dabei auf zumindest drei Ebenen in Frage gestellt.

Erstens lässt sich mit dem Verweis auf die soziale Einbettung von Konsumroutinen – also dem Umstand, dass Konsummuster und Präferenzen

sozial vermittelt, geprägt und verstärkt werden und insofern von historischen, psychologischen und kulturellen Faktoren abhängen<sup>4</sup> – das dieser Verantwortungsdelegation zugrunde liegende Idealbild einer atomistisch gedachten „KonsumentInnensouveränität“ insgesamt in Frage stellen. Wenn nämlich „gesellschaftliche Konsumstile [...] keineswegs vorwiegend Ausdruck einer marktgegebenen Konsumentensouveränität [sind]“, sondern „Konsumkultur [als] Ergebnis eines evolutionär-historischen Prozesses“ gedacht wird,<sup>5</sup> ist der Verweis auf die Handlungsautonomie des Individuums insofern anachronistisch, als dass hier Resultate eines aggregierten und vernetzten Prozesses auf rein individueller Ebene korrigiert werden sollen. Ausgehend von der Einsicht, dass Verhaltensroutinen ohnehin stets Gegenstand einer durch Traditionen und Normen vermittelten sozialen Regulation sind, wird das Primat einer „autonomen“ Entscheidung der Konsumentin als realitätsfern und geradezu utopisch zurückgewiesen und die Implementierung einer komplementären, öffentlichen Regulierung als einzig demokratisch legitime Vorgehensweise gedeutet. Auf dieser Ebene wird also das der „Privatisierung der Nachhaltigkeit“ zugrunde liegende Bild der „autonomen Konsumentin“ mit Entschiedenheit in Frage gestellt.<sup>6</sup>

Zweitens wird argumentiert und teilweise auch empirisch nachgewiesen, dass die hier diskutierte Verantwortungsdelegation an individuelle Haushalte, nachhaltige Konsumroutinen zu etablieren, mit einer systematischen Überforderung einhergeht. Ein wesentlicher Kern dieses Einwands liegt darin, dass individuelles Nachhaltigkeitshandeln eine Reihe systemischer Komplexitäten berücksichtigen muss, die keineswegs trivial zu erfassen und zu operationalisieren sind. Hierunter fallen einerseits die genaue Kenntnis aller ökologisch relevanten Eigenschaften eines Produkts über dessen gesamten Lebenszyklus – eine Aufgabe, die auch unter ExpertInnen häufig zu Kontroversen führt – und andererseits die Inkorporation systemischer Rückkoppelungen in die eigene Handlungsstrategie, die ein spezifisches Kontextwissen über die institutionellen Strukturen, in deren Rahmen das eigene Nachhaltigkeitshandeln implementiert wird, erforderlich macht. Ein Beispiel hierfür sind individuelle Stromsparebemühungen, die aufgrund des auf der Marktebene operierenden Systems des Zertifikatshandels oft nur zu einer Umverteilung des aggregierten Stromverbrauchs führen (nämlich von privaten Haushalten zur Industrie), anstelle den Stromverbrauch auch in der Gesamtbetrachtung zu senken. Die daraus resultierende Überforderung führt im Gegenzug zur Entwicklung von Kompensationshandlungen nach dem Prinzip des Ablasshandels (etwa der Kauf von Regenwaldzertifikaten im Kontext von Flugreisen), um sich angesichts begangener Umweltsünden emotional zu erleichtern, ohne ein konkretes Problembewusstsein oder alternative Handlungsstrategien entwickeln zu müssen.<sup>7</sup> Informationsbedarf und technische Komplexität

sowie der nötige kognitive Aufwand zu deren Bewältigung bilden hier zentrale Gegenargumente zu einer „Privatisierung der Nachhaltigkeit“.

Dabei wird die Tragweite derartiger Informationsdefizite oftmals unterschätzt. Entsprechende Untersuchungen zeigen etwa, dass Individuen mit höherer Nachhaltigkeitsorientierung keineswegs kleinere ökologische Fußabdrücke hinterlassen als Individuen ohne derartige Einstellung. Hier spielen fehlende Konsequenz in der Umsetzung nachhaltiger Ideale ebenso eine Rolle wie die Wahl ineffektiver Strategien zur Reduktion der eigenen ökologischen Wirkungen.<sup>8</sup> Selbst wenn also die Umweltbildung in dem Sinne erfolgreich sein sollte, indem sie zu einer langfristigen Beeinflussung von Präferenzstrukturen taugt, bleibt die Frage nach der Effektivität der auf diese Weise induzierten Maßnahmen weitgehend offen. Die bestehende Evidenz zeigt jedenfalls, dass auf nachhaltige Konsumaspirationen keineswegs notwendigerweise auch nachhaltiger Konsum folgt.<sup>9</sup> Insofern wäre es, ironischerweise, unter Umständen ökologisch weit effektiver, wenn Individuen versuchen würden, ihre nachhaltigen Ambitionen in den politischen Prozess einzuspeisen, um entsprechende regulatorische Entwicklungen voranzutreiben, anstelle sachlich unzureichende private Maßnahmen zu implementieren. Auch in diesem Kontext lassen sich entsprechende Kompensationsmuster beobachten: Vor allem in Westeuropa gilt, dass Personen die Erfüllung ökologischer Standards im Konsumbereich mental an staatliche Regulierungsbemühungen delegieren – die Informationsanfordernisse werden hier also nach einem einfachen Muster rationalisiert. Es wird als Aufgabe der öffentlichen Regulierung gesehen, die Individuen von der Informationsakquise zu entlasten und den Handel mit jenen Produkten, die gewisse ethische oder ökologische Mindeststandards unterlaufen, zu unterbinden.<sup>10</sup>

Diese Argumente bestärken auch den dritten zentralen Einwand wider die „Privatisierung der Nachhaltigkeit“, der sich im Wesentlichen auf die vergleichsweise geringe technische und quantitative Effektivität dieser Strategie beruft. Ein zentrales Argument ist hier, die Frage umweltsensiblen Konsums als Kollektivgutproblem zu deuten, dessen Lösung einer bewussten Koordination bedarf, die nicht auf der individuell-marktlichen Ebene erfolgen kann. Grunwald (2010, S. 181) etwa vertritt die Ansicht, dass „es [...] kaum zu bezweifeln sein [dürfte], dass Nachhaltigkeit eine Sache der Polis ist“, und vergleicht die Privatisierung der Nachhaltigkeit mit der Idee eines freiwilligen anstatt verpflichtenden Steuersystems. Zu diesem sehr allgemeinen Argument hinzu tritt die Beobachtung, dass regulatorische Eingriffe viel rapidere und umfassendere Verhaltensänderungen bewirken können, als es durch die behäbigere autonome Adaption von Konsumroutinen geschieht. In einer Fallstudie zum Verbot von Einweg-Plastiktragetaschen in Süd-Australien<sup>11</sup> zeigte sich etwa, dass das Verbot derartiger Produkte nicht nur weitaus effektiver war als Strategien

freiwilliger Selbstbeschränkung oder De-Marketing-Initiativen,<sup>12</sup> sondern auch die Präferenzen der KonsumentInnen beeinflussen konnte: So stieg die Zustimmung zum Verbot der Einwegtasche nach dessen Einführung nochmals an – vor allem unter jenen Personen, die sich zuvor keiner oder nur geringer Selbstbeschränkung ausgesetzt hatten. Jene Personen wiederum, die bereits vor dem Verbot versucht hatten, ihren Verbrauch an Plastiktaschen einzuschränken, wurden durch das Verbot in ihrem Verhalten bestärkt, das sie nun weit konsequenter umsetzten als zuvor. Zumindest im vorliegenden Fall erhöhte also die regulatorische Vorschrift auch die Bemühungen nachhaltigkeitsmotivierter Personen, ihre eigenen Aspirationen konsequent umzusetzen.

Vor dem Hintergrund dieser Einwände – die Infragestellung des Idealbilds der KonsumentInnensouveränität, die Überforderung privater KonsumentInnen durch die Delegation der Nachhaltigkeitsverantwortung an die private Sphäre und die fehlende Effektivität bewusstseinsbildender Maßnahmen – scheint es aus Sicht der politischen Strategiebildung sinnvoll und geboten, vornehmlich regulatorische Strategien zur Ökologisierung privaten Konsumverhaltens zu forcieren.<sup>13</sup>

In diesem Sinne versucht der vorliegende Beitrag vor allem die Potenziale regulatorischer Strategien zur Etablierung nachhaltigen Konsumverhaltens aufzuzeigen und exemplarisch zu evaluieren. Die durchaus pragmatische Grundidee fußt auf der These, dass eine „kluge“ Regulation es erlaubt, das den wirtschaftlichen AkteurlInnen innewohnende Innovationspotenzial<sup>14</sup> in die „richtige“ Richtung zu lenken und so signifikante Verbesserungen zu erzielen. Nur ein solcher Zugang ist auch adäquat, um konsumpolitische Fragen der Ebene privaten Entscheidungsverhaltens zu entziehen und sie wieder verstärkt zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen aufzuwerten.

Offen bleibt dabei freilich, was nun „klug“ und „richtig“ genau sei. Um diese Frage mit Hilfe einer gewissen empirischen Rückkoppelung zu betrachten, schlagen wir vor, einen speziellen Regulierungsmodus – das japanische Top-Runner-Programm – als empirischen Fall eines Archetyps einer „klugen“ Regulierung zu betrachten. Das Top-Runner-Programm basiert auf dem Versuch, den Energieverbrauch für Haushaltsgeräte zu reduzieren, indem der Faktor der Energieeffizienz als neue Wettbewerbsdimension etabliert wird. Es basiert auf Energieeffizienzmessungen in verschiedenen Produktklassen und verwendet die jeweils effizientesten Geräte zur Definition des Standards, welcher dann binnen einer gewissen Frist erreicht werden muss.<sup>15</sup> Neben der Kanalisierung des Innovationspotenzials in Richtung geringeren Energieverbrauchs durch Etablierung einer neuen Wettbewerbsdimension lassen sich auch die Kontextgebundenheit (gekoppelt an angebots- wie nachfrageseitig relevante Routinen) und die konkrete Zielorientierung (Energieverbrauch) als relevante Eigen-

schaften dieses Regulierungsversuchs identifizieren. Interessant ist dabei vor allem, dass die Durchsetzung eines neuen Wettbewerbsprinzips durch regulatorische Sanktionen implementiert wird und somit einen besonders augenscheinlichen Fall der ohnehin allgegenwärtigen Komplementarität von Recht und Markt darstellt.<sup>16</sup>

### 3. Bewertungskriterien für Nachhaltigkeit

Seit dem Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1987<sup>17</sup> steht das Fundament des Leitbildes der Nachhaltigkeit auf drei Säulen: Nachhaltigkeit verlangt demnach die Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte. Bereits damals wurde erkannt, dass ökologische und soziale Krisen global in einer Wechselbeziehung stehen und dass Lösungsstrategien alle drei Dimensionen adressieren müssen. Das Leitprinzip der Nachhaltigkeit besagt, die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung in der Gegenwart zu sichern, ohne dabei die Bedürfnisbefriedigung von zukünftigen Generationen zu gefährden. Damit ist das Leitbild klar anthropozentrisch ausgerichtet und verspricht ein tragfähiges Lebens- und Wirtschaftsmodell der Moderne. Mit der ökonomischen Säule inkorporiert das Nachhaltigkeitskonzept klassische Zielsetzungen wie materieller Wohlstand oder die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die soziale oder gesellschaftliche Säule zielt vor allem auf eine gerechte Verteilung von Ressourcen und auf Teilnehmungsformen zum Beispiel in Bezug auf die Armutsbekämpfung ab. In der ökologischen Säule geht es um die Integrität des Ökosystems und um eine globale Erhaltung der Biodiversität. Grunwald (2003, S. 433) betont, dass alle drei Dimensionen gleichrangig und integriert betrachtet werden müssen, und fügt noch eine vierte, die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen, hinzu. Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Neue Wohlstandsmodelle“ am Wuppertalinstitut für Klima, Umwelt und Energie wurden aufbauend auf diesem Leitbild drei Wege zur Nachhaltigkeit herausgearbeitet. Erstens wurde von Ernst-Ulrich von Weizsäcker die Effizienzstrategie eingebracht. Zugrunde liegt der Gedanke, dass es mit dem technischen Fortschritt möglich ist, die Ressourcenproduktivität zu steigern und so mit weniger (natürlichen) Ressourcen mehr zu produzieren. Die zweite Strategie, jene der Suffizienz, richtet sich weniger an die Produktionsseite, sondern eher an die KonsumentInnen, deren Verhaltensweisen in Richtung Genügsamkeit und weniger Konsum gelenkt werden sollen. Die dritte Strategie der Konsistenz geht der Frage nach der Qualität und Beschaffenheit von Stoffen nach. Bei der Gegenüberstellung dieser drei Strategien fällt schnell auf, dass die Suffizienz die schwierigste bzw. schwächste Position einnimmt. Während Effizienz (besser) und Konsistenz (anders) mit der vor-